

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 2

Artikel: Aus den Gesandschaftsberichten von Joachim Heer und Bernhard Hammer (1867-1870)
Autor: Stern, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-155039>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verrohenderes, als das Prässerleben langjähriger Herrschaft in einem unterworfenen Lande, nichts Entzückenderes für eine noch so stolze Armee, als die Schergendienste inmitten einer wehrlosen Bevölkerung. Jedes Heer hat dabei noch sein Capua gefunden, wie dasjenige Hannibals, das derart verweichlichte, daß der stolze Sieger Süditalien verlor und schließlich bei Zama unterlag. Eine Armee in Siegerstellung, die nicht mehr im Kampfe liegt, sieht ihre Manneszucht verfallen und verzehrt sich moralisch selbst in den unausbleiblichen Ausschreitungen gegen waffenlose „Feinde“. Der verderbliche Einfluß liegt darin, daß im Grunde sogar jede der Truppe zugemutete dienstliche Handlung zur bodenlosen Feigheit wird, da die Opfer sich nicht wehren können. Und gar die wüsten Übergriffe, die nicht genügend geahndet werden können angesichts des rechtlosen Zustandes, sind ungleich niederträchtiger und verächtlicher als die schlimmsten Grausamkeiten, zu denen sich wirkliche Kampftruppen zeitweilig hinreißen lassen können. Denn diese handeln im Blutrausch, der angesichts des Massentodes über den Menschen kommt. Auch in einem in bewaffnetem Aufruhr befindlichen Lande mag die ständige Lebensgefahr die Nerven erschüttern und vorübergehend zu bösen Ausschreitungen verleiten. Der Besatzungsdienst in einem wehrlosen Gebiet findet dagegen keine Entschuldigung in einer augenblicklichen Nervenüberreizung, sondern er selbst ist es, der den Geist der verwendeten Truppen entnervt bis ins Mark, dank der Feigheit, die jeder ihrer Handlungen zugrunde liegt. In dem Verhalten der Franzosen auf deutschem Boden, wo doch bisher keinem von ihnen ein Haar gefräummt wurde, zeigen sich schon die bösesten Anzeichen solcher Entartung. Die Zusammenstöße mit einer wehrlosen Bevölkerung, gegen die man alle Waffen, vom Tank und Maschinengewehr bis herab zur Reitpeitsche ins Feld führt, beweisen den verderblichen Einfluß dieses umgekehrten Heldentums auf die Moral einer Besatzungsmacht. Bis in das kleinste Vorkommnis zeigt sich eben kraß die Grundlage der Feudalherrschaft, die grundsätzlich Gewalt vor Recht setzt. Das Demoralisierende für die Vertreter solcher Herrschaft ist eben, daß sie sich moralisch stets im Unrecht fühlen, jedoch wissen, sich durch Gewalt ungestraft hinwegsetzen zu können, ja solches sogar häufig auf dienstlichen Befehl tun zu müssen.

Aus den Gesandtschaftsberichten von Joachim Heer und Bernhard Hammer (1867—1870).

Von
Alfred Stern, Zürich.

II.

Heer lehnte es ab, als ständiger Gesandter beglaubigt zu werden und kehrte in die Schweiz zurück. An seine Stelle trat als außerordentlicher Gesandter der aus Olten stammende Oberst Bernhard Hammer, wie Heer später Bundesrat und Bundespräsident, damals als tüchtiger Offizier und ausgezeichneter politischer Charakter bereits rühmlich bekannt.

Er hat seinen Posten bis zu seiner Wahl in den Bundesrat (Ende 1875) mit Ehren bekleidet. Der Zeit seiner diplomatischen Tätigkeit gehört der Abschluß des Handels- und Zollvertrages zwischen der Schweiz und dem deutschen Zollverein (13. Mai 1869) an. Das hierauf Bezugliche wird in den folgenden Auszügen aus seinen Berichten nicht berührt. Das erste an den Bundespräsidenten Dubs gerichtete Stück ist unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin abgefaßt.

Berlin, 5. Oktober 1868. Gegenwärtiges hat zum Zweck, Ihnen anzuzeigen, daß ich seit gestern in Berlin angekommen und im Besitz der bündesrätlichen Depesche vom 29. September bin, durch welche ich beauftragt werde, beim K. preußischen Ministerium die Bewilligung zur Aufnahme einiger unserer Offiziere in die vereinigte Artillerie- und Ingenieurschule in Berlin zu erwirken. Ich werde nicht ermangeln, Ihr Gesuch an das K. preußische Ministerium sofort zu vermitteln und werde ich es mir sehr angelegen sein lassen, diese Angelegenheit zu fördern. Leider kann ich, solange ich meine Kreditive nicht abgegeben, mit dem Ministerium des Auswärtigen nicht in regelmäßigen Verkehr treten und steht des Königs Rückkunft von Baden-Baden dem Vernehmen nach für nächste Tage noch nicht in Aussicht. Der Minister des Auswärtigen, Herr Graf von Bismarck, weilt ebenfalls noch in Varzin und soll sein Stellvertreter, Unterstaatssekretär von Thile, auch erst seit gestern von seinem Urlaub wieder zurück sein . . .

Berlin, 8. Oktober 1868. Am 5. dieses hatte ich die Ehre, Ihnen meine Ankunft zu melden. Vorgestern übersandte ich die Kopie meines Kreditivs an Herrn Unterstaatssekretär von Thile, machte dort gestern Besuch und erfuhr, daß die Rückkunft des Königs nicht vor dem 20.—22. dieses zu erwarten sei. Herr von Thile sagte mir auch, daß ich, trotzdem ich beim Könige noch keine Audienz gehabt, dennoch ganz ermächtigt sei, mit dem Ministerium in Verkehr zu treten, und dies benützte ich auch, um die Angelegenheit betreffs Eintritt einiger schweizerischer Offiziere in die K. vereinigte Artillerie- und Ingenieurschule gestern schon einzuleiten. Ich werde auch heute beim Herrn Kriegsminister die Sache zur Sprache bringen. Ich gedenke die Zeit bis zur Rückkunft des Königs so zu benützen, daß nach Ueberreichung der Kreditive ich je nach Umständen entweder sofort nach München oder aber gleich direkt nach Karlsruhe abgehen kann, um am letzteren Ort die Eisenbahn-Anschlußangelegenheit an die Hand zu nehmen . . . P. S. Soeben komme ich vom Kriegsministerium zurück, wo ich erfahren, daß fragliche Schule bereits seit 1. Oktober ihren Anfang genommen und daß binnen wenigen Tagen eine Entscheidung getroffen werde. Hindernisse gegen Zulassung fraglicher Offiziere wurden mir, sofern die Hörsäle genügenden Raum darbieten, keine in Aussicht gestellt . . .

Berlin, 17. Oktober 1868 . . . Unterstaatssekretär von Thile, dem ich in einer seitherigen Unterredung die mündliche Antwort des Herrn Kriegsministers mitzuteilen Anlaß hatte, bestätigt mir den großen Bedrang von bundesgenössischen Offizieren und den daherigen Platzmangel. In dieser Hinsicht würde ich raten, ein allfälliges Aufnahmegesuch rechtzeitig genug

(etwa zum nächsten Frühling) erneuern zu lassen und dabei die Zahl der aufzunehmenden Offiziere bestimmt (wenigstens in maximo) zu fixieren... Aus inneren und äußeren politischen Gründen möchte ich unmaßgeblich raten, nicht ausschließlich die preußische, sondern auch andere Militärschulen ins Auge zu fassen, z. B. die école d'application von Metz ... oder die Schule von Wien und München ...

Berlin, 25. Oktober 1868 ... Im auswärtigen Amt ist man über Bismarcks Befinden sehr beunruhigt und der Moment seiner Rückkehr in die Geschäfte scheint so ungewiß wie je. Ueber die Natur seines Leidens kursieren verschiedene Gerüchte, einige nennen's Gehirn- oder Rückenmarksschaden. Jedenfalls ist es nervöser Art. Doch empfängt er wichtige Besuche und Vorträge. Die Situation wird hier im allgemeinen, wenigstens bis zum Frühling, für friedlich aufgefaßt, obgleich das auswärtige Amt Kenntnis davon haben soll, daß der französische Kaiser tagelang zum Kriege entschlossen und Vorkehrungen für eine Winterkampagne getroffen waren. Auch den ernstesten Ereignissen sieht man hier mit großer Ruhe und Zuversicht entgegen und ist darauf gerüstet. In der Abwägung der gegenseitigen Kräfteverhältnisse unterschätzt man vielleicht hier etwas das Gewicht der französischen Marine und Transportflotte und den jährlichen Kraftzuwachs infolge der neuen französischen Militärorganisation. Die gegenseitigen Beziehungen der Kabinette haben den Charakter der Vertraulichkeit, den sie früher hatten, verloren und sind im Gegenteil sehr förmlich und reserviert geworden ... In der Frage der Rückzession von Nordschleswig an Dänemark scheint Preußen zu aller Hartnäckigkeit entschlossen und die Rückgabe Düppels und der Insel Alsens als eine Unmöglichkeit anzusehen und zwar sowohl aus Rücksichtnahme auf die Stimmung der Armee als auch auf die hohe Bedeutung dieser strategischen Position in Händen nicht etwa Dänemarks, sondern seines möglichen Alliierten.¹⁾ Ueberdies werde durch diese Rückzession die deutlich-französische Frage nicht gelöst und um Kriegsanlässe würde Frankreich, wenn es den Krieg will, ja nie verlegen sein, auch wenn die schleswig-dänische Frage aus der Welt geräumt wäre, also in Aussicht auf einen Krieg Düppel-Alsen lieber behalten, als seinen Feinden ausliefern.

Die spanische Angelegenheit²⁾ hat hier wenig berührt. Vom preußischen Standpunkt sieht man in dieser Frage momentan eine Diversionsfahrt für die französische Diplomatie und Journalistik; auch mit Bezug auf die Occupation Roms hält man sie für von unwesentlicher und hinsichtlich der deutsch-französischen Frage von unerheblicher Bedeutung. Bei verschiedenen Diplomaten wurde ich über die voraussichtliche Haltung der Schweiz bei einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland befragt, ich erlangte nicht zu versichern, daß die Schweiz entschlossen sei, ihre Neutralität mit aller Kraft aufrechtzuerhalten ...

¹⁾ Nach Artikel V des Prager Friedens hatte Österreich seine Rechte auf Schleswig-Holstein unter der Maßgabe abgetreten, daß die Bevölkerung Nordschleswigs, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen gebe, an Dänemark abgetreten werden solle. Vgl. S. von Sybel a. a. O., VI., S. 189 ff.

²⁾ Die spanische Revolution und die Flucht der Königin Isabella.

Berlin, 3. November 1868 [Mitteilung, daß die Ueberreichung der Kreditive an den König am 2. November stattgefunden und daß der Abreise nach Karlsruhe nichts mehr im Wege steht].

Karlsruhe, 8. November 1868 [Ueberreichung der Kreditive. Besprechung mit dem Finanzminister Ellstätter über Anregung der Wiederaufnahme der Unterhandlung über den Handelsvertrag beim Bundeskanzleramt und mit dem Handelsministerium über den eventuellen Eisenbahnan schluß bei Singen].

Stuttgart, 22. November 1868 [Ueberreichung der Kreditive. Besprechung der Wiederaufnahme von Unterhandlungen über den Handelsvertrag mit dem König und mit dem Minister von Barnbüler, mit dem letztern auch über den hier sehr ersehnten Niederlassungsvertrag mit der Schweiz] . . .

Darmstadt. Telegramm 1. Dezember 1868 [Ueberreichung der Kreditive].

Solothurn, 10. Dezember 1868 [Rückblick auf die bisher bei der Rundreise durch Deutschland empfangenen Eindrücke. Freundschaftlichste Gesinnung aller Souveräne ohne Ausnahme — Preußen, Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt — für die Schweiz]. Verhältnisse in den einzelnen süddeutschen Staaten: . . . Baden ist bekanntlich derjenige der Südstaaten, dessen Fürst und Regierung am entschiedensten zum Anschluß an den Nordbund drängt. Das Volk verhält sich nach der selbsteigenen Neuerung eines Ministers bisher noch apathisch dieser Tendenz gegenüber. Das Ministerium, in welchem bedeutende parlamentarische Führer sich nicht befinden, beginnt, da die Anschlußbestrebungen zurzeit noch keinen Erfolg verheißen, das Erwachen einer Opposition in der Kammer zu fürchten. Vorläufig ist das Programm dieser Opposition, deren Elemente sich durch eine Versammlung in Offenburg konstituiert haben¹⁾, nicht gegen die nationale Einigung, sondern nur auf liberaleres Vorgehen im Innern gerichtet, kann aber im Verlauf der Dinge leicht dazu gelangen, antipreußisch zu werden, wenn sie die demokratischen und sog. ultramontanen Oppositionselemente anschließen läßt. Große Unzufriedenheit erregt die finanzielle Last der nach preußischem Vorbild eingeführten Wehrverfassung. Die politischen Parteien sind aber hier erst im Werden begriffen.

Württemberg. Hier sind die politischen Gegensätze sehr scharf ausgeprägt, das politische Leben ein sehr rühriges, selbst leidenschaftliches. Außer der Dynastie, welche antipreußisch, finden wir die numerisch nicht starke Partei der Nationalliberalen, die könservativen Partei, partikularistisch, dynastisch zu Österreich hinneigend, die Volkspartei, demokratisch, fast republikanisch, antipreußisch. Das Ministerium Barnbüler, bald der preußischen, bald der antipreußischen Strömung nachgebend, hat viel von seinem Ansehen eingebüßt und könnte unter Umständen durch ein Ministerium ersetzt werden, das konservativer oder de-

¹⁾ S. über das Offenburger Programm: Baumgarten und Zolh: Staatsminister Zolh, ein Lebensbild 1897, S. 131 ff.

demokratischer, jedenfalls aber antipreußischer als das Barnbüler'sche sein würde.

Hessen. Hof, Ministerium und Konservative antipreußisch, die nationalliberale Partei, einzig als Partei organisiert und bedeutend, zum vollen Anschluß an den Norden drängend.

Bayern. Eine demokratische Volkspartei existiert hier sozusagen nicht. Partikularistisch sind hier sowohl Hof als die Konservativen und die liberale Mittelpartei, denen gegenüber die Nationalliberalen stehen. Die Stimmung in ministeriellen Kreisen ist gegenwärtig Preußen nicht mehr so günstig als sie anfänglich nach Hohenlohes Berufung zur Präsidentschaft war.

Deutsche Frage. Es ist allem Anschein nach die Bewegung der Geister und die politische Aktion zugunsten der nationalen Einigung momentan ins Stocken geraten und bieten sich unserer Beobachtung zurzeit nur noch die publizistischen und parlamentarischen Bestrebungen und Versuche der sog. nationalliberalen Partei dar, welche vielleicht in naher Zeit der Zerstückelung anheimfällt ... Dagegen scheint die preußische Regierung zurzeit sich noch nicht entschlossen zu haben, solche Anschlußanerbittungen, auch wenn sie förmlich erfolgen sollten, annehmen zu wollen, sei es wegen der Abneigung der spezifisch altpreußischen Partei (welche sich in der Person des Königs gipfelt) die liberalen und demokratischen süddeutschen Elemente in den Bund aufzunehmen, sei es in Voraussicht des darum zu führenden Krieges, für welchen Preußen militärisch wohl gerüstet, aber politisch (liberale Reform im Innern) und diplomatisch (Allianzen) noch nicht vorbereitet sei.

Andrerseits scheint in Süddeutschland wohl nicht ganz ohne Einwirkung der französischen Diplomatie an die Kabinette das Lösungswort „Abwarten“ abgegeben worden zu sein. Barnbüler, der jüngst in Paris war und nach seiner Rückunft sehr geflissentlich alle Unterredungen mit Kaiser und Minister in Paris in Abrede stellen ließ, sowie auch seine Kollegen im württembergischen Ministerium sprechen sich im Sinne dieses Lösungswortes aus. Die französische Diplomatie in Stuttgart influiert in diesem Sinne und scheint auch dem Ministerium gewisse innere Verfassungsreformen beliebt machen zu wollen, welche die demokratische, entschieden antipreußische Partei in Württemberg zu ihrer eigenen Stärkung anstrebt. Inzwischen ist auch laut Zeitung von der demokratischen Seite der württembergischen Kammer ein Antrag auf Bildung eines Südbundes, Mizbilligung des Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen und Erteilung eines Miztrauensvotums gegen das Ministerium eingebracht worden.¹⁾ Abgesehen von Baden wird auch Württemberg vornehmlich aus dynastischen Gründen schwerlich zur Bildung eines Südbundes die Hand bieten, weil in demselben Leitung und Übergewicht Bayern zufiele und auf dem Fuße der Parität wird wiederum Bayern seinen Eintritt verweigern.

¹⁾ Vgl. zur Ergänzung und Korrektur: Schultheiß: Europäischer Geschichtskalender 1869, IX., S. 185 ff.

Allgemeine Situation. In dieser Beziehung konnte ich seit meiner Abreise von Berlin wenig Zuverlässiges in Erfahrung bringen... Doch will ich hier nicht unerwähnt lassen, daß ich namentlich im Süden von Personen, deren Wünsche und Verbindungen nach Oesterreich hinweisen, auf nächstes Frühjahr Befürchtungen respektive Hoffnungen auf kriegerische Ereignisse aussprechen hörte. Hierbei will ich nachholen, daß, wie ich von sehr glaubwürdiger Seite erfahren, die österreichischen Diplomaten in Süddeutschland in korrekter Übereinstimmung mit dem avouierten Programm Beusts sich konsequent aller Influenza auf die Kabinette hinsichtlich der deutschen Frage enthalten habe.

Die gegenseitige Stimmung zwischen Preußen und Oesterreich ist fortwährend eine sehr gereizte und haben anlässlich der Beustschen Rede im Behrausschus¹⁾ und seiner Erläuterung derselben in einer darauf folgenden Zirkularnote zwischen dem österreichischen Gesandten in Berlin und Unterstaatssekretär von Thile verbitterte Erklärungen stattgefunden... Es scheint auch sicher zu sein, daß dem in der Presse viel besprochenen Gerücht, der hessische Minister von Dalwigk habe durch die Behauptung, Preußen wiegle die Ostseeprovinzen gegen Russland auf, den russischen Kaiser gegen Preußen zu verstimmen gesucht — etwas Tatsächliches zugrunde liege und da von Dalwigk ein intimer Freund Beusts, so gewinne diese Insinuation Sinn und Bedeutung²⁾... Über die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich liegt hier außer bekannten Zeitungsnachrichten nichts Neues vor. Als Schlußfolgerung aus verschiedenen Nachrichten und Unterhaltungen möchte ich hinstellen, daß Frankreich nach einer Periode freiwilliger oder gezwungener Nachgiebigkeit nun seine bestimmte Position der deutschen Frage gegenüber genommen zu haben und weiteres Vorgehen Preußens nicht mehr dulden zu wollen scheint. In Deutschland findet man den Besuch Bismarcks beim König von Sachsen, der bekanntlich sehr den Eintritt des Südens in den Nordbund begünstigt, [?] sehr auffällig und grüßt nach dem Erklärungsgrund³⁾. Im ganzen und zum Schluße möchte ich die gegenwärtige Situation dahin charakterisieren: Kriegerische Ereignisse stehen nicht in nächster Zeit bevor, doch hat die diplomatische Campagne ihren Anfang genommen. Die Mächte bestimmen ihre Programme, suchen ihre Allianzen und berechnen die Chancen und Kräfte ihrer Feinde.

München, 25. Januar 1869. Mit Ausnahme einiger prinzipieller Besuche, die teilweise heute noch stattfinden, bin ich in München zu Ende, so daß meine Abreise nach Berlin auf nächste Woche angesetzt ist. Die Überreichung der Kreditive an den König fand letzten Freitag statt. Der Empfang seitens des Königs war sehr verbindlich und seine Anerkennungen für die Schweiz äußerst wohlwollend. Zum Schluß einer halbstündigen Kon-

¹⁾ Vgl. Schultheß a. a. D., S. 296 ff.

²⁾ Vgl. W. Schüller: Die Tagebücher des Freiherrn R. Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860—71. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart und Berlin 1921, I., S. 377, 391, 392, 397 ff., 403.

³⁾ Vgl. Fr. von Friesen: Erinnerungen aus meinem Leben 1910. III, 74, 75.

versation sagte er: „Ich bin ein guter Freund der Schweiz und werde es beweisen.“ Gestern besuchte mich noch aus Auftrag des Königs dessen Kabinetssekretär Lipowskij, der mir Gesagtes bestätigend neuerdings die Bujage gab, daß der König für unser Land die größte Freundschaft sowie den lebhaftesten Wunsch hege, demselben vorkommenden Fälls sein Wohlwollen tatsächlich bezeugen zu können. Das Benehmen des Fürsten Hohenlohe ging über die Schranken einer strikten Höflichkeit nicht hinaus...

Berlin, 27. Februar 1869. Konfidentiell. Es bleiben mir in dem Ihnen einzusendenden politischen Bericht noch einige Notizen, die sich auf meinen Aufenthalt in München beziehen, nachzutragen. I. Bayern. Die geringe Zugänglichkeit der Männer von öffentlichem Charakter in München ist schuld, daß ich mich über die dortigen Verhältnisse nicht so leicht orientieren konnte, wie mir solches im übrigen Süddeutschland wurde. Vorerst die Persönlichkeit des Königs selbst betreffend hörte ich fast allgemein die guten Intentionen des persönlich ehrenwerten Wesens des Königs anerkennen, vielerseits aber seine Unreife zum Regiment, seinen Mangel an Lebenserfahrung und Lebensverständnis, sein kindlich phantastisches Wesen beklagen. Eine volle Beruhigung, daß er bei größerer Altersreife auch der Schwierigkeiten seines Herrscheramtes gewachsen sein werde, hörte ich nirgends aussprechen. Die Freunde der Dynastie und des bayerischen Partikularismus sehen in dieser Beziehung etwas bange in die Zukunft. Der Charaktereigentümlichkeit des Königs entspricht auch, daß er mehr unter dem Einfluß seiner Lieblinge und Vertrauten der unmittelbaren Umgebung als unter dem seiner verfassungsmäßigen Minister steht, und viele bezeichnen daher seine Regierung als eine Kabinetsregierung. Das Ministerium Hohenlohe stützt sich auf die Verbindung mit den s. g. Nationalliberalen (hier s. g. Fortschrittspartei) und mit den s. g. Partikularisten. Eine demokratische Partei existiert hier nicht, dagegen eine sehr rührige ultramontane Partei, welche zugleich sehr antipreußisch ist. Bei den nächsten Wahlen fürchtet man, werde diese Partei bedeutend mehr Vertreter als bisher in die Kammer senden und dann das Ministerium Hohenlohe zu sprengen suchen. Ein ultramontanes Ministerium würde nach dem Urteil Gingeweihter für den Kriegsfall zurücktreten vom preußischen Bündnisvertrag und eventuell auch Frontmachen gegen Preußen bedeuten. Die Sprache der bayerischen ultramontan-partikularistischen Presse gegen Preußen ist maßlos heftig. Die Hofpartei, inklusive König, scheint gegen Preußen ebenfalls noch sehr verstimmt zu sein. Bezeichnend für die Stimmung der maßgebenden Kreise in Bayern ist es, daß Bayern alles ablehnt, was eine größere militärische Einigung mit Preußen involvieren könnte als Gleichheit der Infanteriewaffnung, Reglemente, militärische Reziprozität usw. und daß der König bis jetzt noch nicht dazu zu bringen war, einen schuldigen Besuch in Berlin abzustatten. Ein eigenständliches Streiflicht auf die Verhältnisse wirft die neulich erfolgte Ernennung des österreichischen Grafen von Ingelheim auf den Ministerposten in München. Ingelheim war beim Ausbruch des Krieges vor 1866 österreichischer Gejandter in Hannover und man sagt ihm nach, er habe auf den Welfenkönig

einen sehr verhängnisvollen Einfluß ausgeübt¹⁾). Auch in seiner jetzigen Stellung soll er seine feindseligen Gesinnungen gegen Preußen wenig verböhlen. Südbund. Alles, was von demselben verlautet, ist Fabelei. Hohenlohe selbst sieht ihn als unrealisierbar an...

II. Preußen und der norddeutsche Bund. Alles, was ich seit meiner Rückkehr nach Berlin im Verkehr mit fürstlichen Personen und Behörden erfahren habe, beweist mir, daß bei denselben überall das Bestreben vorhanden ist, dem Lande, das ich vertrete, sich verbindlich zu zeigen. Zu beklagen ist, daß Graf von Bismarck, sei es wegen Üuberhäufung mit Geschäften, sei es aus Rücksicht auf seine schonungsbedürftige Gesundheit den Diplomaten nur ausnahmsweise persönlich Audienz erteilt, eine Zurückhaltung, die sogar den Botschaftern gegenüber nicht abgelegt wird. Ich sah und sprach ihn bisher nur einmal in großer Gesellschaft. Der Verkehr mit ihm geschieht entweder durch Vermittlung des Unterstaatssekretärs von Thile oder (in Bundesächsen) durch diejenige des Präsidenten des Bundeskanzleramtes, Herrn Delbrück. Innere Politik. Die Politik der preußischen Regierung im Innern geht offenbar darauf aus, die Schwierigkeiten der Lage, welche durch Annexion neuer Landesteile und durch die freiheitliche Entwicklung der Geister dem alten preußischen Staatsystem erwachsen sind, teils durch Konzessionen im Sinne provinzieller Berücksichtigung und liberaler oder wenigstens liberalisierender Staatsideen zu beseitigen... [Über die Verhandlungen des Landtags, die Auseinandersetzung mit Frankfurt a. M., die neue Kreisordnung, Personalveränderungen, die neuen Provinzen, den Reichstag.] ... Neuer Politik. Das Bestreben, Württemberg an sich zu ziehen, scheint mehr und mehr Erfolg zu haben und man ist hier mit der Wendung der Dinge in Stuttgart sehr zufrieden²⁾. In bezug auf die Südstaaten ist es nun mehr nur noch Bayern, das sich fernhält. Das direkteste Mittel, auf die Jugend der Südstaaten zu wirken, bieten die vielfachen militärischen Beziehungen, die Baden, Württemberg und Hessen zu Preußen haben. Gegenwärtige Verwendung von Offizieren, regelmäßiger Besuch der preußischen Militäranstalten durch die süddeutschen Offiziersaspiranten und Offiziere usw. An Aufmerksamkeit und gewinnender Auszeichnung gegen diese jungen Leute läßt man es hier in keiner Weise fehlen. Das Verhältnis Preußens zu den übrigen Mächten, vorab zu Frankreich, wird gegenwärtig immer noch im auswärtigen Amt, in der Kammer und in diplomatischen Kreisen als friedlich aufgefaßt und bezeichnet; jedenfalls glaubt man bis zu den französischen Kammerwahlen (dieses Frühlings) absolut an keine Änderung der Lage und da voraussichtlich nach allgemeiner Annahme diese Wahlen zugunsten des jetzigen Regimes ausfallen dürften, so wäre auch alle Aussicht für fernere Erhaltung des Friedens. Solange aber der französische Kaiser nicht durch die innere Politik zu Kriegsführung gezwungen wird, so lange Spanien nicht zur Befriedigung Frankreichs neu konstituiert, solange die französische Mobilgarde größtenteils nur noch auf dem Papier formiert ist, so lange Frankreich eine aktive Kriegsallianz nicht

¹⁾ Vgl. O. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte 1881, II., S. 35 ff.

²⁾ Vgl. Schultheiß a. a. O. 1868, S. 188 ff.

findet und so lange Preußen durch Respektierung der Mainlinie nicht provoziert usw., hält man den Frieden im Westen für gesichert, um so mehr als man hier die Gesinnung des Kaisers für überwiegend friedlich hält. Anderseits übersieht man hier die kriegerischen Gelüste in Frankreich und Österreich nicht und gibt sich von dort herrschender feindseliger Stimmung gewisser Kreise vollständig Rechenschaft; daher auch die zeitweise bei gewissen Anlässen beiderseits zutaggetretenen Ausbrüche von Bitterkeit und Misstrauen wie jüngst wieder wegen Belgien¹⁾. Man sieht hier auch ein, daß trotz dem vorherrschenden Friedenswunsch des Kaisers von Frankreich derselbe seine Friedenspolitik so einrichtet, daß er sie jeden Augenblick mit der Kriegspolitik vertauschen kann. Daher auch beiderseits die fortgesetzte Erhaltung der Kriegsrüstungen...

Berlin, 17. März 1869. ... Die Gerüchte einer Allianz zwischen Frankreich, Österreich und Italien²⁾ faßt man hier im auswärtigen Amt und in diplomatischen Kreisen etwa folgendermaßen auf: Die gegenseitige Wiederannäherung Österreichs und Italiens sei nach Wegräumung der trennenden Fragen viel zu natürlich, um nicht wirklich zu sein. Von Triest könne für Italien aus verschiedenen Gründen keine Stede sein. Welschthrol sei zu untergeordneter Natur für Italien, um als Preis für eine abenteuerliche Kriegspolitik angeboten und angenommen zu werden. Frankreich gegenüber oder vielmehr Napoleon gegenüber will man gerne glauben, daß Viktor Emanuel eine persönliche Verpflichtung schon früher übernommen habe, nicht unter die Feinde Frankreichs zu gehen, aber aus dieser Stellung bis zur Offensiv-Allianz gegen Preußen vorzugehen sei kein greifbares, politisches Interesse für Italien vorhanden, indem Frankreich im Kriegsfalle mit Preußen Rom gerade erst nicht als Preis für eine Allianz aussäzen dürfe. Ueberhaupt sei ja Rom für Italien eher infolge französischer Niederlagen als französischer Siege, ganz sicher aber durch ruhiges Abwarten zu erwerben. Das dringende Interesse Italiens sei unbedingt der Frieden und die Konsolidierung. Wenn also zwischen Frankreich und Italien Abmachungen stattfinden, so werden dieselben wohl für Frankreich höchstens den Zweck haben, sich von Italien für den Kriegsfall gewisse Garantien geben zu lassen hinsichtlich der Besetzung Roms, Garantien, welche die klerikale Partei in Frankreich beruhigen und die Möglichkeit eines Berwürfnisses zwischen Italien und Frankreich wegräumen. Hierdurch würden auch einerseits allfällige preußische Versuche, Italien mit Frankreich durch Rom zu entzweien, abgeschnitten und andererseits die französischen Streitkräfte ungeteilt gegen Preußen verwendbar. Österreich hält man hier zur Stunde weder militärisch noch finanziell, noch politisch zu einem deutschen Kriege befähigt, folglich wohl auch nicht

¹⁾ Ansspielung auf die Angelegenheit des Vertrages der französischen Ostbahn mit belgischen Eisenbahnen; vgl. S. von Schbel a. a. O., VII., S. 2 ff.

²⁾ Ueber den Plan des französisch-österreichisch-italienischen Dreibundes sehe man die neueste auf den Wiener Archivalien fußende Arbeit von G. von Wertheimer: Zur Vorgeschichte des Krieges von 1870 (Deutsche Rundschau, Band 85, 86 1920, 1921).

geneigt, aus selbstredenden Gründen, die ich nicht ausführen will. Die Beilegung der griechisch-türkischen Frage¹⁾ hat in jüngster Zeit konstatiert, daß man allerseits Fragen, welche einen allgemeinen Brand erzeugen könnten, zu beseitigen sich bestrebt. Auch die belgische Frage wird voraussichtlich beigelegt werden, nicht zum mindesten vielleicht auch aus dem Grunde, weil Frankreich in einem belgischen Kriege eine Koalition von Mächten gegen sich haben würde²⁾.

Wenn nun auch anzunehmen ist, daß es Frankreich nicht gelingen werde, eine Offensiv-Allianz mit Italien und Österreich gegen Preußen zustande zu bringen und falls es zum Kriege kommen sollte, derselbe auf ein Duell zwischen Preußen und Frankreich sich reduzieren würde, so folgt daraus noch nicht, daß die Kriegsgefahr überhaupt beseitigt ist und die Bestätigung der Nachricht, daß zwischen Frankreich und Italien eine Vereinbarung auch nur, wie oben angedeutet worden, angebahnt oder abgeschlossen worden, würde die Kriegsgefahr bedeutend näher rücken. Jedermann glaubt hier fast ohne Ausnahme auch, daß die deutsche, respektive die deutsch-französische Frage nur durch einen Krieg lösbar sei; nur ist allerdings die Hoffnung noch vorherrschend, daß dessen Ausbruch nicht unmittelbar bevorstehe. Graf Bismarck hält selbst, wie ich vernehme, den Frieden vorläufig für gesichert, doch ist man auch im auswärtigen Amt hier nicht ohne Zweifel...

Berlin, 19. Mai 1869. Seit meinen politischen Berichten vom Februar und März hat sich die allgemeine politische Situation nach meiner Auffassung und hierseits wahrnehmbar wenig verändert... Seither sind nun auch von verschiedenen Seiten her übereinstimmend so viele friedliche Kundgebungen erfolgt, daß man trotz der vielen ungelösten Fragen der europäischen Politik, die ebensoviel Keime möglicher Konflikte sind, dennoch für das laufende Jahr die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens vernünftigerweise hegen darf... Abgesehen von diesen Kundgebungen... ist auch die wirkliche Sachlage allfälligen kriegerischen Gelüsten in Frankreich noch immer nicht günstig, indem Spanien noch immer ein Gleichgewicht bildet und eine Offensiv-Allianz nirgends, selbst nicht bei Österreich, zu finden ist... Daß man in Frankreich auf die Wahlen hin nicht Kriegsspiel treiben würde, wurde allgemein angenommen. Auf der hiesigen französischen Botschaft hat man über das Resultat der bevorstehenden französischen Wahlen eine ganz zuversichtliche günstige Meinung, und daß man eine unter dem allgemeinen Ruf nach Frieden zustande gekommene Legislatur nicht gleich mit Kriegsunternehmungen inauguriere würde, scheint den Interessen der napoleonischen Dynastie vollständig zu entsprechen. Wenn man daher nach allem, was vom Standpunkt der Gegenwart aus zu übersehen ist, für dieses Jahr die Erhaltung des Fried-

¹⁾ Wegen Unterstützung der aufständischen Kretenser durch Griechenland war zwischen diesem und der Türkei ein Konflikt entstanden, den eine Deklaration der Pariser Konferenz vom 20. Januar 1869 löste.

²⁾ Vgl. über die Beilegung des aus den Eisenbahnverträgen (s. o.) entstandenen belgisch-französischen Konfliktes, S. v. Schell: VII. 93.

dens hofft, so scheint dennoch ein fester Glaube an die Dauerhaftigkeit des Friedens in den Gemütern nicht einzuhren zu wollen, und die Konversationen, die ich in neuerer Zeit mit dem König und dem Grafen Bismarck gehabt, geben mir ebenfalls Zeugnis von dieser Stimmung ...

* * *

Hiermit mögen die Auszüge aus Hammers Berichten geschlossen sein. Seine übrigen Schreiben aus dem Jahre 1869 sind ohne politische Bedeutung. Während seiner langen Abwesenheit vertrat ihn der Geschäftsträger Ch. Ph. Mercier. Dessen Bericht vom 9. Juli 1870 verbreitet sich über die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Königs-thron. Seine nächsten Berichte gelten dem Verlauf des sich daran schließenden französisch-preußischen Konfliktes, der zum Ausbruch des seit langem drohenden Krieges führte. Hammer selbst langte erst am 12. Oktober in Berlin wieder an und sandte seitdem aufs neue regelmäßige Berichte nach Bern, die kein geringeres Interesse gewähren als die früheren.

Paul Hallers Dichtungen.

Besprochen von

O. v. Greherz.

Die meisten Dichter geben frühzeitig ihr Bestes, erschöpfen sich bald und wiederholen sich unendlich. Andere, edlere, reisen langsam wie Edel-fruchtbäume und müssen dahin gehen, ohne sich ausgewirkt zu haben. Daß sie ihr Bestes nach dem Tode erst geben, ist gewiß eine Seltenheit, aber durchaus begreiflich. Je größer der künstlerische Ernst, je tiefer die Sehnsucht nach dem vollkommenen Abbild des Ideals, umso größer die Scheu vor Abschluß und Veröffentlichung. Solche Dichter haben noch Schamgefühl vor Welt und Nachwelt; eine seltene Sache bei Schriftstellern. Die meisten beruhigt der Erfolg über das heimliche Gefühl der Unzulänglichkeit.

Seitdem Paul Hallers Gedichte*), fast zwei Jahre nach seinem Tode, erschienen sind, glauben wir erst seinen Wert zu erkennen, seinen tiefen Künstlerernst vor allem. Auch er war einer der ewig Suchenden, nie mit sich Zufriedenen. Zu wissen, daß er so Vollendetes und Bedeutendes wie seine „Gedichte“ schaffen konnte und sie doch nicht für gut genug hielt, erweckt Ehrfurcht vor dem Toten. Darum sind wir auch dem Bruder des früh und freiwillig Abgeschiedenen herzlich dankbar, daß er dessen dichterische Hinterlassenschaft so sinn- und liebevoll verwaltet hat. Das Buch „Gedichte“, das er herausgegeben, ein mit vornehmster Einfachheit ausgestatteter Band von 116 Seiten, ist ein Denkmal der Bruderliebe, das kein noch so berufener Fachmann würdiger hätte gestalten können.

*) Paul Haller, Gedichte. Gesammelt und herausg. von Dr. Erwin Haller, Aarau, A. R. Sauerländer u. Co.